

FDP will keinen Rathausbau auf Kredit

Gutachten zur Rathausorganisation wird beraten – Alternative: Mietvertrag verlängern

VON NORBERT KORTE

BURGDORF. Noch in diesem Jahr müssen Burgdorfs Kommunalpolitiker Farbe bekennen, ob sie ein weiteres Millionenprojekt in Angriff nehmen wollen. Es geht darum, wie die derzeit auf fünf Häuser verteilte Stadtverwaltung künftig untergebracht ist. Die Alternativen heißen letztlich Verlängerung des Mietvertrags für das Rathaus IV am Finanzamt oder Erweiterungsbau für 3,6 Millionen Euro. Vor der Beratung heute in nicht öffentlicher Sitzung des Bauausschusses hat einzig die FDP klar Position bezogen.

Die Zeit drängt. Der Mietvertrag für das Rathaus IV war 2010 nur für acht Jahre geschlossen worden, weil damals Geld für Neubaupläne fehlte und man Zeit gewinnen wollte für eine Grundsatzentscheidung zur Rathausneuorganisation. Ein zwischenzeitlich in Auftrag gegebenes Gutachten kommt zu dem Schluss, dass aus wirtschaftlicher Sicht ein Anbau am städtischen Rathaus III am Spittaplatz für geschätzte 3,6 Millionen Euro am sinnvollsten wäre. Allerdings sollten dann auch die beiden anderen Rathäuser I und II – im Schloss ist die Stadt nur Mieter – saniert werden, weil sie in Sachen Wärme- und

Brandschutz sowie Behindertenfreundlichkeit Mängel haben. Kostenpunkt: weitere neun Millionen Euro.

Mit Rückendeckung seines Ortsverbandes hat FDP-Ratsherr Karl-Ludwig Schrader jetzt klargestellt, dass „Burgdorf keinen Rathausneubau auf Kredit“ brauche. Bei den übrigen Fraktionen ist die Lage so klar noch nicht. Die CDU wollte vor der Sitzung keine Stellung beziehen und braucht nach Worten von Fraktionschef Mirco Zschoch mehr Informationen.

Die SPD, die mit den Grünen die Mehrheit im Rat bildet, hält einen Erweiterungsbau für denkbar, wenn

er sich als dauerhaft wirtschaftlich erweist, wie Fraktionschef Gerald Hinz betont: Auch er wartet auf konkrete Zahlen etwa zur künftigen Miete, die bei der Berechnung entscheidend sei. Partner Hartmut Braun (Grüne) hofft auf bessere Mietkonditionen: „Wenn es nicht anders geht, ist der Anbau am wahrscheinlichsten.“ Kurt-Ulrich Schulz (WGS) sieht es wie die SPD: Ein Anbau sei sinnvoll, wenn der Kapitaldienst niedriger ist als die Miete.

Ein Rathausbau wäre das dritte Millionenprojekt neben der beschlossenen Freibadsanierung und der geplanten Verlagerung der Gudrun-Pausewang-Grundschule.